

Große Anfrage

**der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

**StM
IntM**

Moderne Integrationspolitik in Baden-Württemberg

Wir fragen die Landesregierung:

I. Beschäftigung und Arbeitsvermittlung

1. Mit welchen Ansätzen können die Vermittlungschancen der hier lebenden Migranten in den Arbeitsmarkt verbessert werden?
2. Inwiefern findet eine Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen (staatliche Verwaltung, Kommunen, Bundesagentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Verbände, etc.) statt, um das Potenzial der hier lebenden Migranten für den Arbeitsmarkt besser zu erschließen und wie kann diese Zusammenarbeit zukünftig gestärkt werden?
3. Welche Besonderheiten sind bei der Vermittlung von Migranten in den Arbeitsmarkt zu berücksichtigen, insbesondere im Hinblick auf eine künftige Verbesserung des Vermittlungssystems?
4. Welche Optionen gibt es oder können erschlossen werden, um Asylbewerber/innen früher als bisher die Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen bzw. eine sinnvolle und entlohnte Tätigkeit aufnehmen zu lassen?
5. Welche Möglichkeiten sieht sie für die Kommunen und Arbeitsämter, um Asylbewerbern und Flüchtlingen bereits vor Abschluss der Anerkennungsverfahren im Rahmen kommunaler und sozialer Arbeitsmärkte Beschäftigungsverhältnisse zu eröffnen?
6. Wie schätzt sie die Möglichkeiten ein, bereits in den laufenden Anerkennungsverfahren berufliche Qualifikationen von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu erfassen und zu bewerten, um einen möglichst schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt nach Abschluss der Verfahren zu gewährleisten?

II. Gezielte Einwanderung

1. Für welche Berufsgruppen wird in den nächsten Jahren die Notwendigkeit einer gezielten Anwerbung und Einwanderung gesehen und wie kann gewährleistet werden, dass diese Zuwanderung zielgenau in die angesprochenen Berufsfelder erfolgt?
2. Inwiefern können bei der Festlegung und Priorisierung des Einwanderungsbedarfs spezifische Interessen der baden-württembergischen Wirtschaft berücksichtigt werden?

3. Wie beurteilt sie ein Punktesystem für gezielte Zuwanderung nach kanadischem Vorbild, insbesondere im Hinblick auf die Frage, welche Elemente hiervon nach ihrer Auffassung in das hiesige Aufenthaltsrecht übernommen werden sollten?
4. Wie beurteilt sie die über das Aufenthaltsrecht hinausgehenden kanadischen Maßnahmen zur Förderung von Zuwanderern?

III. Sprachförderung und weiterentwickelte Angebote

1. Inwiefern erachtet sie es für notwendig, bei den Sprachkursen für Zuwanderer und deren Familien bzw. der Ausgestaltung der Sprachkurse stärker nach Alter, Herkunft, Vorkenntnissen sowie dem familiären und beruflichen Umfeld der Teilnehmer zu differenzieren?
2. Wie kann das für einen erfolgreichen Start von Kindern und Jugendlichen in die hiesige Schullaufbahn erforderliche Sprachniveau am effektivsten erreicht werden, insbesondere unter Berücksichtigung von Vorbereitungsklassen und deren konkreter Ausgestaltung (unter Differenzierung in unterschiedliche Personengruppen/Aufenthaltsstatus und entsprechende Zugangsvoraussetzungen)?
3. Welche Möglichkeiten konnten oder können noch geschaffen werden, damit Kinder aus Zuwandererfamilien die Sprache des Herkunftslands – also beispielsweise Russisch, Türkisch, Spanisch, Italienisch etc. – als zweite Fremdsprache lernen können, um so einen höheren Bildungsabschluss erreichen zu können als ohne ein solches Angebot?

IV. Bildungsangebote / integrierte Förderung

1. Mit welchen Maßnahmen werden Zuwanderer im bestehenden Bildungssystem über die Sprachförderung hinaus unterstützt?
2. Wie kann der Wert einer ausgezeichneten Bildung als Voraussetzung für Chancengerechtigkeit in Zuwandererfamilien besser vermittelt werden?
3. Welche Besonderheiten bestehen bei der Berufsausbildung und Qualifikation von Zuwanderern?
4. Welche Notwendigkeiten werden bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen unter Berücksichtigung der – ggfs. auch berufsbegleitenden – Nachqualifikation gesehen, insbesondere im Hinblick auf die Frage, mit welchen Organisationen die Anerkennung unbürokratisch umgesetzt werden kann?
5. Wie und mit welchen Maßnahmen werden ausländische Studierende an den baden-württembergischen Universitäten aufgenommen, betreut und in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt integriert und welche Notwendigkeiten werden für eine gezieltere Förderung und Unterstützung gesehen?
6. Wie kann die Übernahme von in Baden-Württemberg ausgebildeten Personen in den baden-württembergischen Arbeitsmarkt verbessert werden?

V. Verkürzte Asylverfahren

1. Wie hat sich die Zahl der Asylbewerber, Flüchtlinge und die Zahl der nicht als Flüchtlinge anerkannten, aber sich aufgrund von Ausreisehindernissen weiter in Baden-Württemberg aufhaltenden Personen sowie die Verfahrensdauer und Anerkennung in den vergangenen 10 Jahren entwickelt und welche Prognosen werden in den kommenden Jahren gesehen?
2. Mit welchen realistischen und zeitnah umsetzbaren Maßnahmen kann die Dauer der Asylverfahren verkürzt werden?

VI. Erarbeitung einer Willkommenskultur

1. Welche Schritte unternimmt sie, um in Baden-Württemberg eine Willkommenskultur zu etablieren und weiterzuentwickeln, insbesondere wie beurteilt sie die Bildung eines landesweiten Netzwerks von Regierung, Nicht-Regierungs-Organisationen und Bürgergesellschaft zur Erarbeitung eines gemeinsamen Integrationsleitbilds?
2. Welche Maßnahmen sollten nach ihrer Auffassung mit Blick auf die Anwerbung von Fachkräften und deren Aufnahme in die Gesellschaft und die Identifikation der Zuwanderer mit unserem Gemeinwesen und unserer Gesellschaftsordnung umgesetzt werden?
3. Inwiefern hält sie es für sinnvoll, die betreffenden staatlichen Institutionen damit zu beauftragen, ein Format für Einbürgerungsfeiern zu entwickeln?
4. Inwiefern erachtet sie es für notwendig, feste Anlaufstellen für Zuwanderer in Baden-Württemberg zu etablieren, um für Zuwanderer eine Beratungsleistung aus einer Hand in allen sie betreffenden Fragen anzubieten?

31.01.2013

Hauk, Dr. Lasotta und Fraktion
Sitzmann, Lede Abal und Fraktion
Schmiedel, Grünstein und Fraktion
Dr. Rülke, Glück und Fraktion

Begründung

Baden-Württemberg ist das Bundesland mit der höchsten Migranten- und Zuwandererquote der bundesdeutschen Flächenländer. Eine gezielte Zuwanderungs- und moderne Integrationspolitik ist Ausdruck gelebter Vielfalt in einer offenen Gesellschaft und Voraussetzung für die wirtschaftliche Weiterentwicklung unseres Bundeslands.

Der Ausschuss für Integration des baden-württembergischen Landtags beschäftigt sich intensiv mit den Fragen der Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Dabei wurden vielfältige Erkenntnisse durch die Informationsreise nach Kanada gewonnen. Durch diese Große Anfrage soll eine Zielbestimmung der baden-württembergischen Politik abgefragt und die Übernahme einzelner Elemente gelungener Maßnahmen für verbesserte Integration aus dem Ausland erörtert werden.